



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Familienland Bayern – Wertschätzung für Eltern und Verlässlichkeit für Familien

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit allen Betroffenen der Abschaffung der bayerischen Familienleistungen ins Benehmen zu setzen.

Dafür soll unverzüglich ein transparentes und offenes Gesprächs- und Beteiligungsformat durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales initiiert werden. Dieses soll zum Ziel haben, die berechtigten Interessen sowohl der Eltern als auch der Kita-Träger und der Kindertagespflege zu berücksichtigen und bis März 2026 einen Kompromiss zu finden, wie eine Härtefallregelung für diejenigen Eltern aussehen könnte, die nun auf eine Unterstützungsleistung verzichten müssen, mit der sie für ihre Familie fest gerechnet hatten.

Begründung:

Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales führt auf seiner Website aus: „Wir in Bayern wollen die Familie als einen Ort der Geborgenheit bewahren und schützen mit Wertschätzung und verlässlichen Strukturen.“ Wertschätzung und verlässliche Strukturen sind genau das, was Familien brauchen. Denn Kinder, Beruf, Partnerschaft, Ehrenamt in der Rushhour des Lebens erfolgreich unter einen Hut zu bringen kostet Kraft und erfordert langfristige Planungen. Und langfristige Planungen erfordern verlässliche Strukturen. Diese verlässlichen Strukturen hat die Staatsregierung aus CSU und FREIE WÄHLER mit der Abschaffung des Familienstartgeldes von einem Tag auf den anderen gekippt. Überrascht waren davon nicht nur Parteifreunde, sondern vor allem auch alle jene Eltern, die mit diesem Geld schon fest in ihrem Familienbudget kalkuliert hatten und darauf angewiesen sind.

Der Trost, das Geld sei im System besser aufgehoben, damit würden jetzt neue Kita-Plätze geschaffen, hilft diesen Eltern nicht. Es hilft ihnen nicht, dass das Geld endlich nicht mehr zielloos verteilt wird, egal wie reich die Familien sind. Denn diese Familien, die auf die Verlässlichkeit der Staatsregierung aus CSU und FREIE WÄHLER gesetzt hatten, stehen nun ohne diese Unterstützung da – und ohne Kita-Platz. Denn zusätzliche Plätze wird es nicht geben, gibt selbst Ministerpräsident Dr. Markus Söder zu. Es geht jetzt nur darum, Finanzlöcher der Kita-Träger zu stopfen, um keine bestehenden Plätze aus Geldnot zu verlieren. Dabei ist die Betreuungslücke besonders bei den unter Dreijährigen beachtlich. Und die Qualität der Betreuung ist aufgrund eines Personalmangels und eines Mangels an Fachkräften, verursacht durch viele Jahre zu geringer Investitionen in den Bereich der Kinderbildung und -betreuung so, dass Eltern sich oft mit der Entscheidung, ihr Kind in einer Kita betreuen zu lassen, alles andere als leichttun.

Verlässliche Strukturen sehen anders aus. Wertschätzung sieht ebenfalls anders aus.

Familien nicht anzuhören, ad hoc Entscheidungen zu ihren Ungunsten zu treffen und dies als Machertum zu verkaufen, keine Empathie zu zeigen und keinen Kompromiss zu suchen, sondern aus kaltem Kalkül heraus diejenigen im Stich zu lassen, die am stärksten belastet sind, die am wenigsten Zeit haben und die jeden Tag Herausragendes für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft leisten, das ist keine Wertschätzung.

Familien sind nach unserer Bayerischen Verfassung die Grundlage der menschlichen Gemeinschaft, sie sind unser Fundament. Und wenn wir die – insbesondere unbezahlten – Arbeitsstunden vergleichen, dann sind Eltern und hier vor allem Mütter die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie zu fördern und zu unterstützen ist unsere Pflicht, sie zu hören gebietet uns der Anstand und gemeinsame Lösungen für ihre Probleme – insbesondere, wenn diese von der aktuellen Regierung hausgemacht sind – zu finden, gebietet uns die Vernunft.

Es dürfen nicht weiter die berechtigten Interessen der Eltern gegen die Interessen der Kita-Träger ausgespielt werden, sondern es ist Auftrag der Staatsregierung aus CSU und FREIE WÄHLER hier einen fairen, verlässlichen und tragfähigen Kompromiss zwischen allen Beteiligten zu finden.